

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur fünften Auflage	5
§ 1 Grundlagen und Verwaltungsverfahren	17
I. Allgemeine Grundsätze des SGB II	17
1. Leistungsarten	17
2. Hilfebedürftigkeit	17
3. Grundsatz des Förderns – Obliegenheiten	17
4. Grundsatz des Förderns – Änderungen durch das Bürgergeldgesetz ..	18
5. Grundsatz des Förderns – Eingliederungsleistungen	19
II. Besondere Leistungsgrundsätze	24
1. Subsidiarität	24
2. Fehlen bereiter Mittel	25
3. Beschleunigungsgebot	26
4. Antragsrecht des Leistungsträgers	26
5. Verhältnis zu anderen Leistungen	27
6. Zuständigkeitsstreit zwischen dem Träger der Sozialhilfe und dem Leistungsträger nach dem SGB II	27
7. Besondere Art der Leistungsgewährung	28
a) Vorläufige Leistungen nach § 43 SGB I	28
b) Vorschüsse nach § 42 Abs. 1 S. 1 SGB I	28
c) Vorläufige Entscheidung nach § 41 a (alt § 328 SGB III)	28
d) Vorwegzahlung	28
III. Verwaltungsverfahren	28
1. Antragsverfahren	28
2. Beratungs- und Hinweispflichten – Der sozialrechtliche Herstel- lungsanspruch	31
3. Beteiligungsfähigkeit der Leistungsträger	33
4. Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungs- aktes	33
5. Widerspruchsverfahren	35
a) Ablauf des Widerspruchsverfahrens	35
b) Recht zur Akteneinsicht im Widerspruchsverfahren	37
c) Anspruch auf Kostenerstattung im Widerspruchsverfahren	38
aa) Umfang der Kostenerstattung durch die Behörde	40
bb) Kostenfestsetzungentscheidung nach Widerspruchsverfahren	41
6. Gebührenberechnung von Betragsrahmengebühren	42
a) Gebühren Nr. 2302 Nr. 1 VV	43
b) Erhöhungsgebühr Nr. 1008 VV	45
c) „Anrechnung“ von Gebühren in sozialrechtlichen Angelegen- heiten	46
d) Einigungs- und Erledigungsgebühren nach Nr. 1005, 1006 VV ...	48

IV. Beratungshilfe	49
1. Voraussetzungen für Beratungshilfe	49
a) Bedürftigkeit	49
b) Bedarf für Beratung und Vertretung	51
2. Örtliche Zuständigkeit bei der Beratungshilfe	52
3. Spezielle Probleme bei der Gewährung von Beratungshilfe	53
a) Mehrere Angelegenheiten	53
b) Vertretung einer Bedarfsgemeinschaft	53
c) Unmittelbarer Zugang zum Rechtsanwalt	54
4. Rechtsbehelfe gegen die Ablehnung der Beratungshilfe	54
5. Vergütungsfestsetzung in der Beratungshilfe	55
a) Gebühr für eine Beratung Nr. 2500, 2501 VV	55
b) Geschäftsgebühr Nr. 2503 VV, Erhöhungsgebühr Nr. 1008 VV ...	55
c) Erledigungsgebühr nach Nr. 2508 VV	56
6. Zusammentreffen von Ansprüchen auf Kostenerstattung und Beratungshilfe	56
a) Kostenerstattungsanspruch geht auf Rechtsanwalt über	56
b) Anrechnung der Beratungshilfegebühren auf das nachfolgende Klageverfahren	58
 § 2 Leistungsberechtigte	59
I. Allgemeine Leistungsvoraussetzungen	59
1. Altersgrenzen	59
2. Erwerbsfähigkeit	59
3. Abgrenzung zur Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung	60
4. Abgrenzung zur Sozialhilfe	60
5. Feststellung der Erwerbsfähigkeit	61
6. Hilfebedürftigkeit	62
a) Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II	62
b) Hilfebedürftigkeit nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	62
c) Ansprüche auf Grundleistungen nach dem AsylbLG	63
7. Gewöhnlicher Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland	63
8. Ausschluss von bestimmten Ausländern	63
a) EU- und Nicht-EU-Ausländer	63
b) Soziale Rechte anerkannter Flüchtlinge, Asylbewerber usw.	66
9. Bedarfsgemeinschaft	67
a) Haushaltungsgemeinschaft, Leben in einem gemeinsamen Haushalt	67
b) Nichteheliche Lebensgemeinschaft	73
c) Im Haushalt lebende Eltern und Partner unverheirateter erwerbsfähiger Kinder	75

d) Ehegatten und Lebenspartner	75
e) Kinder in der Bedarfsgemeinschaft	76
10. Kinder in der Haushaltsgemeinschaft	78
11. Besonderheiten bei einem Anspruch auf Schulbedarf ohne Bedarfsgemeinschaft	79
II. Ausschluss von Leistungen	81
1. Stationär untergebrachte Personen	81
2. Unterbringung wegen Freiheitsentziehung aufgrund richterlicher Anordnung	81
3. Bezieher von Rente wegen Alters	81
a) Bezieher von vorgezogener Altersrente	82
b) Bezieher von Altersrente in Bedarfsgemeinschaft mit Leistungsbe rechtigten	83
4. Empfänger von Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und Teilnehmer einer nach dem SGB III geförderten Maßnahme der beruflichen Bildung	84
a) Leistungsausschluss	84
b) Ausnahmen vom Leistungsausschluss	86
aa) Besondere Bedarfe sind nicht ausgeschlossen	86
bb) Sozialgeldanspruch von Angehörigen der Auszubildenden	86
cc) Leistungen nach dem BAföG und Ansprüche nach dem SGB II	88
dd) Besondere Härtefälle nach § 7 Abs. 5, § 27 Abs. 3	88
§ 3 Leistungen nach dem SGB II	90
I. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes	90
1. Bürgergeld und Bürgergeld für nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	90
2. Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung bei Bürgergeld-Bezug	90
a) Krankenversicherungspflicht der Bürgergeld-Bezieher	91
b) Allgemeine Krankenversicherungspflicht	92
c) Rentenversicherungspflicht der Bürgergeld-Bezieher	93
d) Übernahme der Beiträge zur Sozialversicherung	93
e) Beitragsszuschuss zu den Kosten einer privaten Krankenversicherung oder zur freiwilligen Mitgliedschaft in einer gesetzlichen Krankenkasse	95
f) Beitragsszuschuss zu den Kosten einer privaten Krankenversicherung oder zur freiwilligen Mitgliedschaft in einer gesetzlichen Krankenkasse / Übernahme der Kosten durch den Träger der Sozialhilfe	96
g) Folgen fehlender Anrechnungszeiten/fehlenden Versicherungsschutzes in der gesetzlichen Rentenversicherung	98

h) Exkurs: Der Zuschuss zur freiwilligen gesetzlichen und privaten Kranken- und Pflegeversicherung für Nichtleistungsbezieher	99
3. Regelbedarfe zur Sicherung des Lebensunterhaltes	99
a) Ermittlung der Regelbedarfe nach dem Regelbedarfsermittlungsge- gesetz (RBEG)	99
b) Verfassungsmäßigkeit der Regelbedarfe nach dem Regelbedarfs- ermittlungsgesetz	101
c) Beurteilungsspielraum des Gesetzgebers	101
aa) Transparenzgebot	101
bb) Rechtfertigung von Kürzungen, Ausgleichsmöglichkeit	102
d) Verfassungsmäßigkeit der Anpassungsformel	103
e) Ungleichbehandlung verschiedener Personengruppen	104
f) Fragen der Gleichbehandlung	105
g) Verfassungsrechtliche Entwicklung	106
4. Leistungen für Mehrbedarfe	106
a) Leistungen bei Schwangerschaft	107
b) Leistungen für Alleinerziehende	107
c) Mehrbedarf für behinderte Menschen, die Leistungen zur Teil- habe erhalten	108
d) Mehrbedarf bei kostenaufwendiger Ernährung	109
e) Mehrbedarf nicht erwerbsfähiger Personen (Nachteilsausgleich für Gehbehinderte)	112
f) Mehrbedarf bei dezentraler Warmwasserversorgung	112
5. Sonder- und unabweisbare Bedarfe	113
a) Sonderbedarf gegen den kommunalen Träger	113
b) Unabweisbarer Bedarf, einmaliger Sonderbedarf	115
c) Atypische Bedarfe	117
d) Darlehensgewährung bei Mittellosigkeit	121
e) Anspruch auf Bildung und Teilhabe	122
aa) Schulausflüge, mehrtägige Klassenfahrten	122
bb) Ausstattung mit Schulbedarf	123
cc) Lernförderung, Nachhilfeunterricht	123
dd) Anspruch auf Erstattung der Mehraufwendungen für Schul- verpflegung	125
ee) Anspruch auf Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres	125
6. Leistungen für Unterkunft und Heizung	125
a) Ermittlung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft	127
b) Angemessene Heizkosten	135
c) Weiterzahlung der unangemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung	137
d) Kostensenkungsobligieheit, Kostensenkungsaufforderung	137
aa) Bedeutung der Kostensenkungsbemühungen	139

bb) Unzumutbarkeit der Kostensenkung	140
e) Ausgleichsanspruch – Mehrbedarf bei dezentraler Warmwasser- versorgung	140
f) Nachzahlungen und Nachforderungen von Mietnebenkosten	141
g) Kosten der Unterkunft bei Eigentumswohnungen und Eigenhei- men	142
h) Aufteilung der Unterkunftskosten	143
i) Leistungen bei Umzug	144
j) Übernahme von Mietschulden	148
k) Regelung der angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung durch Satzung, Bedeutung der Satzungsregelungen	150
7. Leistungserbringung als Darlehen	153
II. Leistung zur Eingliederung in Arbeit/Änderung durch Bürgergeldgesetz ..	155
1. Persönlicher Ansprechpartner	155
2. Kooperationsplan	156
3. Leistungen zur Eingliederung im Einzelnen	158
4. Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung/„Ein-Euro- Job“	158
5. Finanzielle Anreize für Aus- und Weiterbildung	163
§ 4 Anrechnung von Einkommen und Vermögen	164
I. Anrechnung von Einkommen	164
1. Unterschied Einkommen – Vermögen	164
2. Laufende und einmalige Einnahmen	165
II. Ausnahmen von der Anrechnung	167
1. Einnahmen nach dem SGB II	167
2. Grundrenten und Entschädigungen nach dem Bundesentschädi- gungsgesetz	168
3. Betreuerpauschale, Übungsleiterpauschale usw.	169
4. Mutterschaftsgeld	169
5. Erbschaften (§ 11 a Abs. 1 Nr. 7)	170
6. Schmerzensgeld	170
7. Zweckbestimmte Einnahmen aufgrund öffentlich-rechtlicher Vor- schriften	170
8. Ausnahmen bei zweckbestimmten öffentlich-rechtlichen Vorschrif- ten	170
9. Überbrückungsgeld für Haftentlassene	171
10. Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege, Zuwendungen Dritter ohne rechtliche und sittliche Pflicht	171
11. Ferienjobs der Schüler	172
12. Nicht zu berücksichtigende Einnahmen nach § 1 Bürgergeldverord- nung	172
13. Elterngeld	173

III. Anrechnung von Einkommen	174
1. Steuern auf das Einkommen	174
2. Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	174
3. Beiträge zu privaten Versicherungen	176
a) Gesetzlich vorgeschriebene Versicherungen	176
b) Beiträge zu Versicherungen, die nach Grund und Höhe angemesen sind	176
c) Geförderte Altersvorsorgebeiträge „Beiträge zur Riesterrente“	179
d) Abzug von Werbungskosten und Betriebskosten	180
e) Freibetrag bei Erwerbstätigkeit: Pauschbetrag iHv 100 EUR	182
aa) Grundfreibetrag	182
bb) Freibeträge für Erwerbstätige	183
f) Abzug von laufenden Unterhaltszahlungen	187
g) Freibeträge für Empfänger von BAföG oder Berufsausbildungsförderung-Leistungen	188
h) Freibeträge für Empfänger von BAföG, Berufsausbildungsförderung-Leistungen und Bundesfreiwilligendienste und Schüler	188
4. Einkommen aus selbstständiger Arbeit – Einmalige Einnahmen	188
IV. Kinderzuschlag und Wohngeld	195
1. Kinderzuschlag	195
2. Anspruch auf Wohngeld	197
V. Anrechnung von Vermögen	198
1. Unverwertbare Vermögensgegenstände	198
2. Vertragliche Verwertungshindernisse	198
3. Gesetzliche begünstigte Verwertungshindernisse	198
a) „Rürup“ – Basisrente	198
b) Versicherung zur Alterssicherung	199
c) Tatsächliche Verwertungshindernisse	199
4. Abzusetzendes Vermögen	200
a) Grundfreibetrag	200
b) Karenzzeit für die Vermögensanrechnung	200
c) Verwertungsausschluss bei verschiedenen Vermögenswerten	201
d) Gefördertes Altersvorsorgevermögen	202
e) Besondere Altersvorsorge Basisrente	202
f) Zur Altersvorsorge bestimmtes Vermögen	204
5. Nicht zu berücksichtigendes Vermögen	205
a) Angemessener Hausrat	205
b) Angemessenes Kraftfahrzeug	205
c) Selbst genutztes Hausgrundstück	205
d) Vermögen zur Beschaffung oder Erhaltung von Wohnraum für behinderte oder pflegebedürftige Menschen	206
e) Allgemeine Härteregelung	206
6. Umschichtung von Vermögenswerten	208

§ 5 Folgen von Fehlverhalten	213
I. Gemeinsame Voraussetzungen von Leistungsminderungen	213
1. Anforderungen an eine Rechtsfolgenbelehrung	213
2. Leistungsminderungen ohne Rechtsfolgenbelehrung	217
3. Zeitlicher Zusammenhang zwischen Verstoß und Leistungsminderung	217
4. Subjektiv zurechenbarer Pflichtverstoß	217
5. Verhältnis von Leistungsminderung und Schadenersatz sowie Minderung wegen Meldeversäumnissen	218
6. Keine Leistungsminderung bei wichtigem Grund für das Fehlverhalten	220
II. Einzelne Minderungstatbestände	221
1. Nichterfüllung der Pflichten in der Kooperationsvereinbarung	221
2. Ablehnung einer zumutbaren Arbeit, Ausbildung oder ein geförderter Arbeitsverhältnis	222
3. Ablehnung einer zumutbaren Eingliederung in Arbeit, Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandentschädigung	223
4. Nichtantritt und Abbruch von Eingliederungsmaßnahmen	224
5. Leistungsminderung bei „Quasi-Sperrzeit“	224
6. Leistungsminderung bei Sperrzeit	225
7. Leistungsminderung bei Vermögensminderung und unwirtschaftlichem Verhalten	225
8. Leistungsminderung bei Meldeversäumnis	226
§ 6 Rückforderung und Inanspruchnahme Dritter	230
I. Rückforderung von Leistungen, Bagatellgrenze unter 50 EUR	230
1. Aufhebung von Verwaltungsakten	230
a) Rücknahme von rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakten nach § 45 SGB X	231
b) Rücknahme von Verwaltungsakten nach § 44 SGB X	237
c) Aufhebung von Verwaltungsakten nach § 48 SGB X	237
d) Rückforderung bei vorläufiger Entscheidung nach § 41 a Abs. 6 S. 3 SGB II	239
2. Erstattung von zu Unrecht erbrachten Leistungen	239
3. Besonderheiten bei Rückforderung von Leistungen nach dem SGB II	240
a) Rückforderung von Leistungen für den Schul- und Teilhabebedarf (§ 28 SGB II)	240
b) Aufrechnung bei Unredlichkeit	240
4. Umdeutung eines fehlerhaften Bescheides nach §§ 45, 48 SGB X	242
5. Verhältnis der Rückforderung zu Erstattungsansprüchen der Leistungsträger	242
a) Erstattungsanspruch bei vorläufigen Sozialleistungen	242

b) Erstattungsanspruch bei nachträglichem Wegfall und Ruhens eines anderen Sozialleistungsanspruchs	243
c) Erstattungsanspruch des nachrangigen Leistungsträgers	244
d) Verhältnis der Erstattungsansprüche zur Rücknahme und Aufhebung von Verwaltungsakten	245
II. Ansprüche gegen Dritte und Rechtsnachfolger	246
1. Übergang von Ansprüchen des Leistungsberechtigten	246
a) Allgemeine Regelungen	246
b) Besondere Regelungen für Unterhaltsansprüche	248
c) Geltendmachung des Anspruchs durch den Leistungsträger	249
2. Einzelne Ansprüche	251
3. Schadenersatzansprüche gegen den Leistungsberechtigten und Dritte	252
§ 7 Verfahren vor den Sozialgerichten	254
I. Verfahren im ersten Rechtszug vor dem Sozialgericht	254
1. Rechtsweg	254
2. Örtliche Zuständigkeit	254
3. Klagearten	254
a) Anfechtungsklage	254
b) Kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage	255
c) Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	255
d) Untätigkeitsklage	256
4. Beschränkung der Überprüfung des Bescheides durch den Klageantrag	257
5. Klage einer Bedarfsgemeinschaft – Klagehäufung	257
6. Klage betrifft nur den angefochtenen Bewilligungszeitraum	258
7. Anforderungen an eine wirksame Klageschrift	260
8. Zurückweisung verspäteten Vorbringens	261
a) Korrektur der Klageschrift	261
b) Fristbestimmung durch den Vorsitzenden	262
9. Klagerücknahmefiktion	264
10. Verfahrensgang, Verfahrensbeendigung	266
a) Amtsermittlung	266
b) Grundsatz der mündlichen Verhandlung	266
c) Beendigung des Verfahrens	266
aa) Klagerücknahme	266
bb) Anerkenntnis	267
cc) Angenommenes Anerkenntnis	268
dd) Teilanerkenntnis	268
ee) Urteil – Gerichtsbescheid	269
ff) Beendigung des Verfahrens durch Urteil	270
gg) Inhalt des Urteils	271

II. Kosten des Klageverfahrens	272
1. Kostenerstattungsansprüche der Kläger gegen Beklagte und Beigeladene (Kostengrundentscheidung)	272
a) Kostenerstattungsansprüche gegen Beigeladene nach § 193 SGG	272
b) Kostenerstattungsansprüche gegen den Beklagten	272
2. Kostenfestsetzung durch Urkundsbeamten (Entscheidung über die Höhe und den Anfall von Gebühren)	274
a) Erinnerung gegen Entscheidungen des Kostenbeamten	274
b) Anhörungsrüge	274
c) Verfassungsbeschwerde	274
III. Rechtsanwaltsvergütung im sozialgerichtlichen Verfahren	275
1. Verfahrensgebühr nach Nr. 3102 VV	276
2. Terminsgebühr Nr. 3106 VV	280
IV. Prozesskostenhilfe	283
1. Erfolgsaussichten	283
2. Beiordnung eines Rechtsanwalts notwendig	284
3. Bagatellrechtsprechung	284
4. Entscheidungsreife des Prozesskostenhilfegesuchs	284
5. Teilweise Bewilligung von Prozesskostenhilfe	286
6. Zeitpunkt der Bewilligung der Prozesskostenhilfe	286
7. Verspätete Bewilligung der Prozesskostenhilfe	288
8. Wirkung der Bewilligung von Prozesskostenhilfe und Beiordnung	288
9. Anspruch auf Erstattung von Kosten verdrängt Anspruch auf Prozesskostenhilfe	289
10. Rechtsbehelfe gegen ablehnenden Prozesskostenhilfebeschluss	289
11. Rechtsbehelf gegen Entscheidungen des Gerichts im Verfahren auf Festsetzung der Gebühren gegen die Staatskasse	290
12. Gebühren im Prozesskostenhilfantragsverfahren	291
V. Vorläufiger Rechtsschutz vor den Sozialgerichten	292
1. Einstweiliger Rechtsschutz in Anfechtungssachen	292
a) Herstellung der aufschiebenden Wirkung durch den Leistungsträger	292
b) Einstweilige Anordnung in Anfechtungssachen	293
c) Verfahrens- und Gebührenhinweis	294
2. Einstweiliger Rechtsschutz in Vornahmesachen	295
a) Anordnungsanspruch	295
b) Anordnungsgrund – Eilbedürftigkeit – Abwendung wesentlicher Nachteile	296
c) Verpflichtung zur Leistung mit Abschlägen möglich	298
d) Einstweiliger Rechtsschutz und Rechtskraft	299
3. Rechtsbehelf gegen die Versagung des einstweiligen Rechtsschutzes	300

4. Verhältnis Beschwerdeverfahren und Antragsverfahren beim einstweiligen Rechtsschutz	300
5. Dauer der Leistungsgewährung	301
6. Antragstellung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren (Vornahmesache)	302
7. Prozesskostenhilfe im einstweiligen Rechtsschutzverfahren	302
8. Gebühren im einstweiligen Rechtsschutzverfahren	303
9. Mündliche Verhandlung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren	306
VI. Berufungsverfahren	307
1. Zulassung der Berufung	308
a) Grundsätzliche Bedeutung	308
b) Divergenz	309
c) Verfahrensmangel	309
2. Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Landessozialgericht	309
VII. Revision und Sprungrevision	311
VIII. Kontrolle von Satzungen über die angemessene Höhe der Kosten der Unterkunft und Heizung	312
Anhang	315
I. Muster: Isolierter Antrag auf Prozesskostenhilfe	315
II. Muster: Beschwerde gegen die Ablehnung der Prozesskostenhilfe durch das Sozialgericht	317
III. Einstweilige Anordnung, Regelungsanordnung nach § 86 b Abs. 2 S. 2 SGG	318
IV. Beschwerde gegen ablehnenden Beschluss über den Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz	322
V. Anfechtungsklage gegen Versagungsbescheid	324
VI. Anfechtungs- und Leistungsklage	326
VII. Nichtzulassungsbeschwerde vor dem Landessozialgericht „Grundsätzliche Bedeutung“	327
VIII. Atypischer Bedarf, Widerspruch gegen einen ablehnenden Bescheid	329
Stichwortverzeichnis	333